

Eine Wundertüte namens Nachhaltigkeit

nd-aktuell.de/artikel/985653.eine-wundertueete-namens-nachhaltigkeit.html



nd PODCAST

Der Begriff aus der Forstwirtschaft wird kontrovers gedeutet - aus der UN-Politik ist er nicht mehr wegzudenken

- Kurt Stenger
- 25.09.2015
- Lesedauer: 4 Min.

Die Vereinten Nationen wollen alle Staaten auf Ziele für Nachhaltige Entwicklung verpflichten. Doch was ist mit dem Begriff der Nachhaltigkeit eigentlich gemeint?

Ende des 17. Jahrhunderts boomte die Wirtschaft im Kurfürstentum Sachsen. Nach den Gräueln und Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges wuchsen die Bevölkerung und die Städte wieder spürbar, die staatlichen Erzgruben und Schmelzhütten im Erzgebirge liefen auf Hochtouren. Beides benötigte als wichtigsten Bau- und Energierohstoff: Holz. Zwar war die Region dicht bewaldet, aber der riesige Bedarf sorgte für einen Kahlschlag, der deutlich sichtbare Spuren hinterließ und für Nachdenken sorgte: Hans Carl von Carlowitz, der als Leiter des Oberbergamtes Freiberg den Nachschub zu organisieren hatte, verfasste im Jahr 1713 das erste forstwirtschaftliche Werk: »Sylvicultura oeconomica oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur wilden Baum-Zucht«. Der adlige Staatswissenschaftler machte sich darin für eine »nachhaltende« Nutzung der Wälder stark - an die Stelle ungerichteten Abholzens sollten eine aufeinander abgestimmte Rodung und Aufforstung treten, was die wirtschaftliche Vernunft gebiete.

Damit war der Begriff der Nachhaltigkeit eingeführt. Er blieb lange dem Forstmanagement vorbehalten und zielte auf die Sicherung langfristiger Erträge ab. Eine Übertragung auf andere Bereiche und ein Bedeutungswandel vollzogen sich erst gut zweieinhalb Jahrhunderte später. Zu verdanken war dies dem Bericht »Grenzen des Wachstums« an den Club of Rome von 1973 - Nachhaltigkeit beinhaltet hier eine Kritik an ungebremstem Wirtschaftswachstum und die Forderung nach schonendem Umgang mit der Umwelt und den begrenzten natürlichen Rohstoffen.

Zu einem politischen Begriff machte ihn 1987 eine von der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleitete Expertenkommission der Vereinten Nationen, die in ihrem Abschlussbericht »Our Common Future« schrieb: »Nachhaltig ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.« Mit letzteren gemeint waren vor allem die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die Priorität für die Staatengemeinschaft haben sollten. Dies schlug sich beim UN-Erdgipfel 1992 in Rio

de Janeiro nieder, bei dem die Regierungen, aber auch Wirtschaft und Wissenschaft auf das neue globale Leitprinzip der »nachhaltigen Entwicklung« verpflichtet wurden, das neben ökologischen auch soziale und ökonomische Aspekte beinhaltet.

Trotz aller Nachhaltigkeitsrhetorik auf internationaler Ebene - es folgte weltweit eine Phase der massiven Privatisierung und Deregulierung, von stark wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmender Umweltzerstörungen. Auch die Ergebnisse der globalen Klimadiplomatie, die sich im Grunde ebenfalls dem Ziel der Nachhaltigkeit verschrieben hat, blieben bis heute eher dürftig.

Da die unverbindliche Rio-Deklaration von 1992 auch wegen fehlender Finanzmittel weitgehend folgenlos blieb, vollzogen die UN zehn Jahre später auf ihrem Gipfel in Johannesburg einen Paradigmenwechsel: Nun ging es den Vereinten Nationen um die konkrete Umsetzung mittels einer Nachhaltigkeitsstrategie und quantifizierbarer »Millenniums-Entwicklungsziele«. Demnach sollte bis 2015 die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen halbiert, allen Kindern ein Primärschulabschluss gesichert und verschiedene Gesundheitsziele wie die Senkung der Kindersterblichkeit von unter Fünfjährigen um zwei Drittel erreicht werden. Ab 2016 sollen sie durch erheblich weiter gefasste »Ziele für Nachhaltige Entwicklung« ersetzt werden.

Ob diese Anstrengungen aber zur erforderlichen Renaissance aktiver öffentlicher Politik zugunsten der Umwelt und zum Abbau sozialer Ungleichheiten führen werden? Nein, wenn es nach den Vorgaben neoliberaler Wortakrobaten geht, die den Begriff so verbogen haben, dass mit ihm Sozialabbau, rigide Finanzpolitik und Konsumkürzungen gerechtfertigt werden sollen: Man dürfe den kommenden Generationen keine Schulden vererben, so der Tenor. Aber auch radikale Kapitalismus- und Wachstumskritiker wie Saral Sarkar haben als Ziel eine »nachhaltige Gesellschaft« ausgegeben - allerdings ist diese »ökosozialistisch«.

Egal ob Kneipen, Cafés, Festivals oder andere Versammlungsorte – wir wollen sichtbarer werden und alle erreichen, denen unabhängiger Journalismus mit Haltung wichtig ist. Wir haben ein Aktionspaket mit Stickern, Flyern, Plakaten und Buttons zusammengestellt, mit dem du losziehen kannst um selbst für deine Zeitung aktiv zu werden und sie zu unterstützen.

Zum Aktionspaket

Diese beiden Extreme zeigen, dass der Begriff »Nachhaltigkeit« längst zu einer Art Wundertüte geworden ist, aus der sich viele bedienen. Doch was ist der dominante Diskurs? »Man muss leider feststellen, dass die Nachhaltigkeitsdebatte kaum eine Wirkung gegen nicht-nachhaltige Umtriebe entfaltetete - wenn überhaupt, dann fungierte sie lediglich als verhaltenes Korrektiv«, meint der Sozialwissenschaftler Davide Brocchi. Erst drohte der Begriff zu »Expertenlyrik« zu verkommen. Dann verpackte ihn die mächtige PR-Maschinerie von Regierungen und Großunternehmen in Floskeln wie »nachhaltiges Wachstum« und in »Nachhaltigkeitsberichte«, die jeder noch so umweltschädlich produzierende Konzern veröffentlicht.

Die Hochglanzbroschüren werden auf Produkten der Holzindustrie gedruckt, womit wir wieder bei der Forstwirtschaft sind: Auch hier ist Nachhaltigkeit trotz aller Waldschutzbemühungen ein hehres Ziel geblieben. Bis 2050, so ein neuer Bericht an den Club of Rome, ist ein weiterer Verlust an Regenwald am Amazonas und in Südostasien von mindestens 100 Millionen Hektar zu befürchten, was der doppelten Größe Spaniens entspricht. Landwirtschaftlich lassen sich diese Flächen nun mal erheblich ertragreicher nutzen.

Linken, unabhängigen Journalismus stärken!

Mehr und mehr Menschen lesen digital und sehr gern kostenfrei. Wir stehen mit unserem freiwilligen Bezahlmodell dafür ein, dass uns auch diejenigen lesen können, deren Einkommen für ein Abonnement nicht ausreicht. Damit wir weiterhin Journalismus mit dem Anspruch machen können, marginalisierte Stimmen zu Wort kommen zu lassen, Themen zu recherchieren, die in den großen bürgerlichen Medien nicht vor- oder zu kurz kommen, und aktuelle Themen aus linker Perspektive zu beleuchten, brauchen wir eure Unterstützung.

Hilf mit bei einer solidarischen Finanzierung und unterstütze das »nd« mit einem Beitrag deiner Wahl.